

## Europas Jugend - Europas Zukunft

Online Veranstaltung am 25. März 2022

Das Netzwerk „Europa in der Schule“ ist eine gemeinsame Initiative des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Das Zentrum Polis hat die Koordination übernommen und diese Veranstaltung organisiert.

**Mag. Sigrid Steininger** vom BM:BWF weist in ihren Begrüßungsworten darauf hin, wie wichtig es sei, die Jugendlichen so gut wie möglich darauf vorzubereiten die Politik mitgestalten zu können.

**Dr. Martin Selmayr**, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, erinnert zu Beginn seines Vortrages an die große Hoffnung auf ein vereintes friedliches Europa als Michael Gorbatschow an die Macht kam. Derzeit spiele sich in der Ukraine eine Tragödie ab, die man nicht für möglich gehalten hätte. Die Diskussion darüber findet auch in Österreichs Klassen statt. Er möchte dazu einige Anmerkungen machen,

1. Es handle sich um einen Angriffskrieg des Systems Putin und die Völkergemeinschaft müsse eine klare Haltung zeigen. Hier passieren Kriegsverbrechen für die das System Putin verantwortlich ist, darüber gebe es keine Diskussion. Die Charta der Vereinten Nationen ächtet den Einsatz von Gewalt außer im Fall der Selbstverteidigung. Es müsse der bedingungslose Rückzug der russischen Truppen aus dem gesamten Gebiet der Ukraine erfolgen! In der UNO werde Russland nur mehr von Weißrussland, Nordkorea, Syrien und Eritrea unterstützt.

2. Europa habe seit dem 2. Weltkrieg eine Friedensordnung aufgebaut, aber das Friedensprojekt Europa war in der Schule kein wesentliches Thema mehr. Er selbst war sehr betroffen als er mit seinen Eltern die Schlachtfelder des Weltkriegs besuchte. Unterschiedliche Auffassungen wurden nach 1945 nur mehr „auf dem Papier“ ausgetragen. Das Erasmus Programm leiste einen großen Beitrag zum besseren Kennenlernen und Verstehen anderer Menschen. Auf die Frage eines Schüler „Warum tut ihr nichts in der Ukraine?“ konnte die Antwort nur lauten“ Wir treten nicht sofort in den Krieg ein wie 1914, wir versuchen zu vermitteln, selbst wenn es aussichtslos scheint“.

Nach der Annexion der Krim begleitete er den damaligen Kommissionspräsidenten Juncker bei 16 Treffen mit Präsident Putin, die vier bis fünf Stunden dauerten und in keiner angenehmen Atmosphäre abliefen. Ein derzeitiges Eingreifen der NATO würde einen Nuklearkrieg bedeuten. Die Ukraine müsse aber jede Unterstützung bekommen sich selbst verteidigen zu können. 2018 wurde die Europäische Friedens Fazilität eingerichtet, die es auch ermöglicht angegriffene Länder mit Geld und Waffen zu unterstützen. Hier können auch neutrale Staaten indirekt teilnehmen.

3. Während Europa an die Demokratie als beste Investition in die Zukunft glaube, halte Putin den Westen für dekadent. Für ihn sei die Demokratie schwach, sie führe zu faulen Kompromissen, sie diskutiere, entscheide aber nicht. Putin sei irritiert, dass in seiner Nachbarschaft Demokratien entstehen. Die Demokratiebewegung in Weißrussland habe ihn sehr beunruhigt. Er könne erfolgreiche Demokratien an seinen Grenzen nicht dulden. Darauf müsse der Westen friedlich aber entschlossen antworten. Die Menschen der Ukraine wollen ihr Land verteidigen.

„Wenn Putin aufhört, ist der Krieg zu Ende. Wenn die Ukraine aufhört, ist die Ukraine am Ende“.

4. Europa habe sich in derzeitigen Krisensituation als Kontinent der Solidarität erwiesen. Die seit sieben Jahre sehr emotional geführte Flüchtlingsdebatte treffe auf ukrainische Flüchtlinge nicht zu und das werde hoffentlich so bleiben. Schülerinnen und Schüler agieren als buddies für Flüchtlingskinder. Auch in der Coronakrise gab es einen starken Zusammenhalt der EU Staaten. Es wurde ein EU Fond gegründet, 800 Mrd. Euros stehen zur Verfügung. Ein Großteil des Geldes wurde für den Bereich Digitalisierung ausgegeben. Selmayr verweist auf die Ausgabe der Laptops in den Schulen. Bei der Einbindung in den Unterricht zeigten sich schon Erfolge.

5. Bis 2025 soll ein Europäischer Bildungsraum geschaffen werden um Jugendliche zu mündigen und kritischen Bürgerinnen und Bürger zu machen. Der Bildungsbereich sei zwar Ländersache, es gebe aber auch Rechtsvorschriften, die eine Ergänzung der nationalen Regelungen darstellen. Was die Werthaltung betreffe, seien wir nicht neutral.

**Podiumsdiskussion** zum Thema „Wie inklusiv ist Bildung in Europa?“ mit Larissa Lojic (Bundesjugendvertretung), Mag. Ursula Panuschka (OeAD, Erasmus+), Dr. Markus Pausch (Politikwissenschaftler, FH Salzburg), Dr. Michael Teutsch (Referatsleiter für Schule und Mehrsprachigkeit, in der Abteilung Bildung, Jugend, Sport und Kultur der Europäischen Kommission)

In der letzten Periode von 2014 - 2020 nahmen etwa 5000 Schulen an Erasmus Programmen teil. berichtet **Panuschka**. Erasmus + fördert Mobilität an Schulen, Praktika, Lehrlingsaustausch und schließt auch Kindergärten mit ein. Es gelte gezielt neue Konzepte zu entwickeln um die Schulbildung in Europa gerechter zu machen. Die Inklusion umfasse viele Bereiche, nicht nur die Beteiligung von Menschen mit Behinderung.

Im großen Unterschied zu früheren Programmen ist die Schülermobilität bei Erasmus + ein Ziel an sich, erläutert **Teutsch**. Sie soll das Standardprogramm für Schulen werden, das Geld sei vorhanden. Alle Schülerinnen und Schüler sollen teilnehmen können, Barrieren im sozio-ökonomischen oder kulturellen Bereich sowie bei besonderen Bedürfnissen müssen überwunden werden.

**Logic** erzählt ihre Geschichte als Flüchtlingskind aus Bosnien. Sie habe immer Glück gehabt, wurde immer unterstützt, hatte auch einen überzeugten Europäer als Lehrer in der HAK. Die Bundesjugendvertretung vertritt junge Menschen bis 30. Es werden Konferenzen zu bestimmten Themen abgehalten, der Kreis der Teilnehmer kommt aus vielen unterschiedlichen Jugendorganisationen. 18 Monate wird an einem gemeinsam bestimmten Jugendziel gearbeitet. Derzeit sind elf Ziele definiert und es müsse auch etwas Konkretes herauskommen. Inklusive Gesellschaft und nachhaltiges Europa für alle sind zwei der derzeitigen Ziele.

**Pausch** stellt ein großes Interesse der Jugend an Politik fest und nennt drei Arten von Befassung mit Europa in den Schulen:

- Manche Schulen beschäftigen sich grundsätzlich mit dem Thema Europa (Europagymnasien).
- An manchen Schulen gibt es besonders engagierte Lehrpersonen für das Thema Europa.
- In manchen Schulen, vor allem Mittelschulen, ist das Interesse eher gering.

Wenn an der Schule nicht oder zu wenig informiert werde, müsse man andere Organisationen einbeziehen, z. Vereine, Religionsgemeinschaften, auch die Eltern.

**Lojic** weist auf die Schwierigkeiten hin um an Leute heranzukommen, die noch nicht motiviert sind. Es dürfe nicht hauptsächlich an den Eltern liegen. Die nonformale Bildung müsse einbezogen werden.

Auch für die OEAD sei das ein Thema ergänzt **Panuschka** und verweist auf die Initiative „Erasmus back to school“ (Expertenbesuche an Schulen).

„Covid zeigte die Schwächen des Bildungssystems auf, deshalb dürfe man nach dem Ende der Pandemie aber nicht auf den Stand von 2019 zurückgehen“ warnt **Teutsch**. Bei Projekten müsse man flexibel sein um auch auf die Situation in der Ukraine eingehen zu können. Österreich habe viel Erfahrung mit Flüchtlingen und könne andere Länder durch Entsendung von Lehrpersonen beraten.

Am Nachmittag werden verschiedene Angebote aus den Bereichen Bildung und Partizipation vorgestellt.

## **EU Programm zur Förderung der schulischen Bildung in Europa**

Das Programm umfasst alle Schultypen und Kindergärten und wird in Österreich von der OeAD organisiert. Gefördert wird die Mobilität von Lehrenden und Lernenden. Der Antrag muss von einer Institution gestellt werden (z.B. Schule, Bildungsdirektion). Es gibt dazu einen Leitfaden: [www.erasmus-plus.ec.europa.eu/de/node/2700](http://www.erasmus-plus.ec.europa.eu/de/node/2700)

Eine Übersicht über alle Projekte findet man auf: [www.erasmus-plus.ec/projects](http://www.erasmus-plus.ec/projects)

Gefördert werden Reisen von Einzelpersonen, kleinen Gruppen oder einer ganzen Klasse zu EU Institutionen oder zu einer Partnerklasse. Für die Eltern fallen praktisch keine Kosten an.

Es gibt aber auch die Möglichkeit sich Experten an die Schule zu holen.

Die Teilnahme ist über eine Erasmus Akkreditierung möglich, die, wenn sie einmal erfolgt ist, bis 2027 gilt.

Die Teilnahme ist auch für kurzfristige Projekte mit einer Laufzeit von 6 - 18 Monaten möglich.

Bei kleineren Partnerschaften kooperieren zwei Einrichtungen für 6 - 24 Monate.

Weiters erwähnt werden

- e Twinning [www.etwinning.net](http://www.etwinning.net) und [www.etwinning.at](http://www.etwinning.at)
- School Education Gateway eine online Plattform für schulische Bildung
- Wettbewerb Europäisches Sprachensiegel
- Erasmus back to School

## **Projekt European Awareness zur Stärkung der europapolitischen Bildung an höheren Schulen**

Das Projekt<sup>1</sup> wird von Europtimus - AEDE Österreich organisiert und ideell (Ministerin Karoline Edtstadler und Martin Selmayr) gefördert. Ziel ist, Europa im Unterricht präsenter zu machen und ein europäisches Bewusstsein zu fördern. Bisher nehmen sechs höhere Schulen daran teil, es ist vor allem für die 6. - 8. Klassen AHS gedacht. Zweimal im Jahr sollte eine Veranstaltung organisiert werden, vorzugsweise um den 9. Mai (Europatag) und 10. Dezember (Tag der Menschenrechte).

Im Foyer der Schule findet man die EU-Fahne und eine Kurzinformation zur Geschichte der EU, ein eigenes Schulfach "Europapolitische Bildung" wird eingeführt, um das Wissen über Geschichte, Demokratie und Menschenrechte zu vermitteln.

Der virtuelle Club Europtimus des Vereins AEDE unterstützt bei der Suche nach Prominenten für Diskussionsrunden an Schulen. Die Themen sind vielfältig, z.B. Migration, Klima, Geopolitik, Künstler, etc.

---

<sup>1</sup> <https://www.europtimus.at/aktuell/pilotprojekt-oesterreich-awareness/>

